

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 6. Auflage mit einer freundlichen Bitte an die Leser	V
Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen	XVII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Standardliteratur	XXII
A. Annäherung an das Bau- und Planungsrecht	1
I. Die Grundfrage: Wozu dient die Rechtsordnung?	1
II. Der Aufbau der Rechtsordnung	3
1. Die Rechtsquellen	3
2. Die Vorschriftenhierarchie im öffentlichen Recht	7
a) Vom Grundgesetz zur Verwaltungsvorschrift	7
b) Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen im Bundesstaat	9
3. Die Unterscheidung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Recht	12
4. Das Staats- und Verfassungsrecht	13
III. Grundbegriffe des Verwaltungsrechts	13
1. Die Regelungsbereiche des Verwaltungsrechts	13
a) Die leistende Verwaltung	14
b) Die Abgabenverwaltung	14
c) Die ordnende Verwaltung	15
2. Der Verwaltungsakt	17
a) Definition des Verwaltungsakts (VA)	17
b) Arten der Verwaltungsakte	19
c) Fehlerhafte Verwaltungsakte	20
d) Bestandskraft von Verwaltungsakten	23
e) Vollstreckung von Verwaltungsakten	25
IV. Der Aufbau der öffentlichen Verwaltung: Staatsverwaltung und Selbstverwaltung	28
1. Das Prinzip der Gewaltenteilung	28
2. Bundes- und Landesbehörden	31
a) Die Bundesbehörden	32
b) Die Landesbehörden	33
3. Die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften	35
a) Aufgabenarten	36
b) Arten der kommunalen Gebietskörperschaften	37
c) Die Finanzausstattung der Kommunen	41
4. Kommunale Organisation in Dezernaten, Fachbereichen und Ämtern	43
a) Die Leitungsebene	43
b) Die Ämtergliederung	45

5.	Die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin	46
a)	Bremen	46
b)	Hamburg	47
c)	Berlin	47
V.	Die Dritte Gewalt	50
1.	Die Gerichtszweige	50
2.	Rechtsstreitigkeiten vor den Verwaltungsgerichten	53
3.	Einstweiliger Rechtsschutz	57
a)	Der Suspensiveffekt nach §§ 80, 80a und 80b VwGO	57
b)	Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO	59
c)	Vorläufiger Rechtsschutz bei Verwaltungsakten mit Doppelwirkung	59
4.	Die Auslegung von Rechtsvorschriften	60
a)	Methoden und Kriterien der Auslegung von Rechtsvorschriften	61
b)	Auslegung, Ermessen und freie Rechtsschöpfung	64
B.	Grundzüge des örtlichen Bau- und Planungsrechts	67
I.	Die Wurzeln des Bau- und Planungsrechts	67
1.	Das Bauordnungsrecht	67
2.	Das private und das öffentliche Nachbarrecht	69
3.	Das örtliche Planungsrecht	70
4.	Das Recht der Raumordnung und Landesplanung sowie das Fachplanungsrecht	74
a)	Die Entwicklung des Rechts der Raumordnung, Landesplanung und Fachplanung	74
b)	Das Raumordnungsgesetz	76
5.	Korrespondierende Rechtsbereiche	78
a)	Das Immissionsschutzrecht	79
b)	Das Wasserrecht	80
c)	Das Abfallrecht	81
d)	Bodenschutzrecht und Bergrecht	81
e)	Naturschutz- und Landespflegegesetze	84
f)	Das Denkmalschutzrecht	87
II.	Struktur und Geschichte des Baugesetzbuchs	94
1.	Die Grundstruktur des Baugesetzbuchs	94
2.	Die Entwicklungsstufen des Baugesetzbuchs: Vom BauGB 1987 bis zu den Novellen des Jahres 2017	99
3.	Die Ausführungsgesetze der Länder zum Baugesetzbuch	103
4.	Das aus dem Baugesetzbuch erwachsene Ordnungsrecht	103
III.	Das Verfahren der Bauleitplanung	107
1.	Vorlaufphase; Klärung der Planerforderlichkeit	108
2.	Die Anpassung an die Ziele der Raumordnung	112
3.	Der Aufstellungsbeschluss; Beauftragung eines Dritten mit der Durchführung einzelner Verfahrensschritte	114

4.	Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden	115
5.	Festlegung des Umfangs und des Detaillierungsgrads der Umweltprüfung	116
6.	Die förmliche Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange (TöB); Beteiligung der benachbarten Gemeinden	117
7.	Abwägung der öffentlichen und privaten Belange	120
	a) Die Eingriffsregelung in der Abwägung.	124
	b) Berücksichtigung der Natura 2000-Gebiete/Umsetzung der Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union	126
	c) Die Umweltprüfung in der Bauleitplanung.	127
	d) Klimaschutz und Klimaanpassung als gestärkte Belange des Städtebaurechts.	131
	e) Innenentwicklung als neuer Grundsatz der Bauleitplanung. . .	133
8.	Das vereinfachte Verfahren	135
9.	Das beschleunigte Verfahren für Bebauungspläne der Innenentwicklung und zur Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren.	136
10.	Der Auslagebeschluss und die öffentliche Auslage	139
11.	Satzungsbeschluss und Genehmigungsverfahren	147
12.	Ausfertigung, Bekanntmachung, Inkrafttreten und Überwachung. .	151
13.	Planerhaltung; Ergänzendes Verfahren zur Behebung von Fehlern, rückwirkende Inkraftsetzung	153
14.	Änderung, Aufhebung und Außerkrafttreten von Bauleitplänen. . .	158
	a) Änderungen und Ergänzungen im vereinfachten und im beschleunigten Verfahren	158
	b) Aufhebung von Bebauungsplänen im vormaligen Geltungsbereich älterer Pläne: Lebt der alte Plan wieder auf?	159
	c) Planverwerfungskompetenz der Gemeinde.	159
	d) Außerkrafttreten wegen Funktionslosigkeit.	161
15.	Besonderheiten des Planaufstellungsverfahrens in den Stadtstaaten. .	163
	a) Berlin	163
	b) Bremen	164
	c) Hamburg	165
16.	Änderungen und Neuerungen zum Verfahren der Bauleitplanung nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11. Juni 2013	166
	a) Programmatische Stärkung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung (§ 1 Abs. 5 Satz 1)	166
	b) Wohnbedürfnisse von Familien mit mehreren Kindern als Belang der Bauleitplanung (§ 1 Abs. 6 Nr. 2)	166
	c) Namentliche Nennung eines neuen Schutzgutes „Fläche“ (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. a)	166
	d) Erweiterung der Wechselwirkungen als eigenständiger Umweltbelang (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. i)	166
	e) Berücksichtigung der Auswirkungen schwerer Unfälle oder Katastrophen im Bebauungsplan (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. j) .	167

f)	Erweiterung der Belange des Hochwasserschutzes um den Küstenschutz und die Hochwasservorsorge (§ 1 Abs. 6 Nr. 12).	167
g)	Flüchtlinge und Asylbegehrende und ihre Unterbringung als neuer Belang der Bauleitplanung (§ 1 Abs. 6 Nr. 13).	168
h)	Modifizierung der Auslegungsfrist von einem Monat (§ 3 Abs. 2)	168
i)	Streichung des Hinweises auf die Präklusionsregelung nach § 47 Abs. 2a VwGO a. F. (§ 3 Abs. 2)	169
j)	Präklusionsregelung für Umwelt-Vereinigungen bei Rechtsbehelfen gegen Flächennutzungspläne (§ 3 Abs. 3)	169
k)	Modifizierung der Frist zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2)	170
l)	Neue Anforderungen an die Nutzung des Internets (§ 4a Abs. 4)	170
m)	Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich von Eingriffen als neue Überwachungsgegenstände (§ 4c)	171
n)	Zusammenfassende Erklärung (§§ 6a Abs. 1 und 10a Abs. 1)	171
o)	Einstellen in das Internet/zentrales Landesportal (§§ 6a Abs. 2 und 10a Abs. 2)	171
p)	Auswirkungen von schweren Unfällen als neuer Ausschlussgrund für die Anwendung des vereinfachten und beschleunigten Verfahrens (§§ 13 Abs. 1 Nr. 3 und 13a Abs. 1 Satz 4)	172
q)	Neugliederung und Ergänzung der Planerhaltungsvorschriften (§ 214 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a–g)	172
r)	Streichung der Unbeachtlichkeitsvorschrift zum fehlenden Hinweis auf die Präklusion nach § 47 Abs. 2a VwGO a. F. (§ 214 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. c)	173
s)	Ergänzung von Überleitungsvorschriften für die Durchführung von Verfahren nach dem BauGB (§ 245c Abs. 1)	174
t)	Erweiterung und inhaltliche Ausdifferenzierung der Anlage 1	174
u)	Redaktionelle Anpassung der Anlage 2	175
IV.	Der Flächennutzungsplan	178
1.	Die Dauer des Aufstellungsverfahrens, Zuständigkeiten	179
2.	Die Hauptinhalte des Flächennutzungsplans	181
3.	Die Wirkungen des Flächennutzungsplans	184
4.	Der sachliche und räumliche Teilflächennutzungsplan	188
5.	Änderungen und Neuerungen zum Flächennutzungsplan nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11. Juni 2013	191
V.	Die Bebauungspläne	192
1.	Typische Inhalte von Bebauungsplänen	196
2.	Die Regelung des Ausgleichs von Eingriffen in Natur und Landschaft	212
3.	Die Baunutzungsverordnung als amtliche Legende	216
a)	Vorschriften zur Art der baulichen Nutzung	217
b)	Vorschriften zum Maß der baulichen Nutzung	222

	c) Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche.	229
4.	Die Entwicklung der Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan	230
5.	Weitere Inhalte und Bestandteile eines Bebauungsplans.	232
6.	Die Begründung zum Bebauungsplan.	236
7.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan	237
8.	Der Bebauungsplan der Innenentwicklung	240
	a) Zweck des Bebauungsplans.	240
	b) Schwellenwerte für festgesetzte Grundflächen	241
	c) Ausschlussgründe	242
	d) Umkehrung des Entwicklungsgebots.	244
9.	Der Bebauungsplan zur Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren nach § 13b	244
10.	Bebauungspläne nach § 9 Abs. 2a, 2b und 2c	246
	a) Der Bebauungsplan zur Erhaltung oder Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche nach § 9 Abs. 2a	246
	b) Der Bebauungsplan zur Steuerung von Vergnügungsstätten nach § 9 Abs. 2b	248
	c) Der Bebauungsplan zur Verbesserung des Störfallschutzes nach § 9 Abs. 2c	255
11.	Änderungen und Neuerungen zu den Bebauungsplänen nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11. Juni 2013.	257
	a) Erweiterte Festsetzungsmöglichkeiten zur Vermeidung oder Verringerung von Hochwasserschäden (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 Buchst. a-d)	257
	b) Neue maßnahmenbezogene Festsetzungsmöglichkeiten zum Störfallschutz in der Nachbarschaft von Störfallbetrieben (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 Buchst. c)	258
	c) Neue Festsetzungsmöglichkeiten zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche (§ 9 Abs. 1 Nr. 24)	258
	d) Neue Festsetzungsmöglichkeiten zur Zulässigkeit von Vorhaben in der Nachbarschaft von Störfallbetrieben (§ 9 Abs. 2c)	259
	e) Neue nachrichtliche Übernahme von Risikogebieten auch außerhalb von Überschwemmungsgebieten (§ 9 Abs. 6a)	259
	f) Neue Regelungsmöglichkeit zur Zulässigkeit von Dauerwohnnutzungen in bisherigen Erholungssondergebieten im vorhabenbezogenen Bebauungsplan (§ 12 Abs. 7)	259
	g) Der neue Bebauungsplan zur Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren (§ 13b)	260
12.	Änderungen und Neuerungen zur Baunutzungsverordnung nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11. Juni 2013.	260
	a) Der neue Gebietstyp „Urbane Gebiete“ mit neuer Obergrenze für das Maß der baulichen Nutzung (§ 6a i. V.m. § 17 Abs. 1 BauNVO).	260
	b) Begriff der Ferienwohnungen (§ 13a BauNVO)	261

	c) Überleitungsvorschrift zur Anwendung von § 34 Abs. 2 (§ 245c Abs. 3)	261
VI.	Städtebauliche Verträge	266
	1. Gesetzgebungsgeschichte	266
	2. Die Typen städtebaulicher Verträge nach § 11 BauGB	267
	3. Der Erschließungsvertrag	271
	4. Weitere städtebauliche Verträge im BauGB	273
	5. Klimaschutz in städtebaulichen Verträgen	275
	6. Änderungen und Neuerungen nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11. Juni 2013 für städtebauliche Verträge	276
VII.	Sicherung der Bauleitplanung	278
	1. Veränderungssperre	278
	2. Zurückstellung von Baugesuchen und einstweilige Untersagung von Vorhaben	284
	3. Teilungsgenehmigungen	287
	4. Die gemeindlichen Vorkaufsrechte	290
	5. Änderungen und Neuerungen nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11. Juni 2013 zur Sicherung der Bauleitplanung	296
VIII.	Zulässigkeit von Vorhaben	298
	1. Die systematische Stellung der §§ 29–36 BauGB	298
	2. Der Begriff des Vorhabens	299
	3. Die Zulässigkeit von Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebau- ungsplans	303
	4. Ausnahmen, Befreiungen und Abweichungen	306
	5. Die Zulässigkeit von Vorhaben im unbeplanten Innenbereich	311
	a) Die ursprüngliche Fassung des § 34 im Bundesbaugesetz von 1960	311
	b) Die Einfügungsklausel von 1976	312
	c) Das Gebot der Rücksichtnahme	313
	d) Das Einfügen in den „im Zusammenhang bebauten Ortsteil“.	316
	e) Wahrung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse und des Ortsbilds.	317
	f) Die entsprechende Anwendbarkeit der Baunutzungsverord- nung	318
	g) Der „im Zusammenhang bebaute Ortsteil“ und die Klar- stellungs-, Entwicklungs- und Ergänzungssatzung.	320
	h) Die Anwendbarkeit der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie im Rahmen des § 34 BauGB	325
	i) Anwendbarkeit des § 50 BImSchG und der darin geregelten Seveso-III-RL.	326
	6. Bauen im Außenbereich.	328
	a) Die privilegierten Vorhaben.	328
	b) Die nichtprivilegierten Vorhaben.	339

c)	Die begünstigten Vorhaben	341
d)	Vorhaben im Geltungsbereich einer Außenbereichssatzung nach § 35 Abs. 6 BauGB.	345
e)	Sicherungsklauseln gegen Missbräuche; Rückbauverpflichtung	346
7.	Die Genehmigung von Vorhaben während der Aufstellung eines Bebauungsplans	347
8.	Verträglichkeitsprüfungen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes	350
9.	Die Zulässigkeit von (mobilen) Unterkünften für Flüchtlinge und Asylbegehrende, Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften.	351
10.	Änderungen und Neuerungen nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11. Juni 2013 zur Zulässigkeit von Vorhaben	353
a)	Ergänzung der Öffnungsklausel zur Abweichung vom Einfügungsgebot nach § 34	354
b)	Ergänzung der Voraussetzungen zur Aufstellung von Entwicklungs- und Ergänzungssatzungen sowie von Außenbereichssatzungen.	354
c)	Nichtanwendung des § 6a BauNVO als faktisches Baugebiet (§ 245c Abs. 3)	354
d)	Klarstellende Regelung zur Zulässigkeit von Ferienwohnungen	355
IX.	Die Baugenehmigung	359
1.	Genehmigungspflicht und Verfahren	359
a)	Vorhaben im bauordnungsrechtlichen Verfahren	359
b)	Das Verfahren zur Erteilung einer Baugenehmigung	362
c)	Das gemeindliche Einvernehmen; Zustimmungserfordernisse	365
2.	Baugenehmigung und Eingriffsregelung nach dem Naturschutzrecht.	367
3.	Anfechtungsklagen gegen und Verpflichtungsklagen auf Erteilung von Baugenehmigungen; Nachbarschutz und Gebot der Rücksichtnahme	369
4.	Die Möglichkeiten des Einschreitens gegen nicht genehmigte bauliche Vorhaben	373
5.	Änderungen und Neuerungen nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11. Juni 2013 im Bereich der Erteilung von Baugenehmigungen	376
X.	Bodenordnung	381
1.	Zweck und Verfahren der Umlegung	381
2.	Umlegungstechnik	387
3.	Die praktische Bedeutung der Umlegung	397
4.	Die vereinfachte Umlegung	398
5.	Änderungen und Neuerungen nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11. Juni 2013 im Bereich Bodenordnung	399

XI.	Enteignung und Enteignungsentschädigung	400
1.	Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Enteignung	400
2.	Das Enteignungsverfahren	403
3.	Die Enteignungsentschädigung	405
4.	Änderungen und Neuerungen im Enteignungsrecht nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden vom 11.06.2013	409
XII.	Planungsschadensrecht	409
1.	Ansprüche von Grundeigentümern bei Beanspruchung ihres Grund- stücks für öffentliche Zwecke	411
2.	Ansprüche des Eigentümers bei Herabstufung der privaten Nutz- barkeit seines Grundstücks	413
3.	Der Ersatz von Vertrauensschäden	416
4.	Schadensersatzpflichten bei rechtswidrigen Amtshandlungen	417
5.	Änderungen und Neuerungen im Planungsschadensrecht nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden vom 11.06. 2013	418
XIII.	Erschließung	419
1.	Die unterschiedlichen Begriffe der Erschließung	419
2.	Die Erschließungslast der Gemeinde	421
3.	Die Erhebung von Erschließungsbeiträgen	423
4.	Die Berechnung und Verteilung des Erschließungsaufwands	427
5.	Änderungen und Neuerungen nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11. Juni 2013 im Erschließungsrecht	431
XIV.	Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen	432
1.	Die Entwicklung des Städtebauförderungsrechts	432
2.	Die Vorbereitung der städtebaulichen Sanierung; Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen	435
3.	Die Durchführung der Sanierung	439
4.	Der Abschluss der Sanierung	441
5.	Das besondere bodenrechtliche Instrumentarium	442
a)	Die sanierungsrechtliche Genehmigung nach §§ 144, 145 BauGB.	442
b)	Die Pflicht zur Zahlung von Ausgleichsbeträgen nach den §§ 152 ff. BauGB.	445
6.	Die Einschaltung von Sanierungsträgern und anderen Beauftragten	449
7.	Die Finanzierung der Stadterneuerung	450
8.	Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach §§ 165–171 BauGB	451
9.	Änderungen und Neuerungen im Sanierungs- und Entwicklungs- recht nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Innenent- wicklung und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11. Juni 2013.	456

XV.	Stadtumbau, Soziale Stadt und private Initiativen zur Stadtentwicklung; Erhaltungssatzung, städtebauliche Gebote und Sozialplanung.	458
1.	Stadtumbau.	460
a)	Maßnahmen zum Stadtumbau.	460
b)	Planungsschritte im Rahmen des Stadtumbaus.	461
c)	Erarbeitung eines Sozialplans im Rahmen von Stadtumbau- maßnahmen.	463
d)	Die Einbindung von Betroffenen und Aufgabenträgern – das Abwägungsgebot.	463
e)	Die Satzung zur Sicherung der Durchführung von Stadtum- baumaßnahmen.	464
f)	Auskunftspflicht in Stadtumbaugebieten.	465
g)	Anhörung der Eigentümer und der Mieter, Pächter und sonsti- gen Nutzungsberechtigten in Stadtumbaugebieten.	465
h)	Das Vorkaufsrecht in Stadtumbaugebieten.	466
i)	Die Enteignung zu Zwecken des Stadtumbaus.	466
j)	Fazit.	467
2.	Soziale Stadt.	467
3.	Private Initiativen zur Stadtentwicklung.	469
4.	Erhaltungssatzung und Erhaltungsverfügung.	470
a)	Die Festlegung des Erhaltungsgebiets.	471
b)	Das Erhaltungsgebot.	472
c)	Die unterschiedlichen Folgen einer wirtschaftlichen Unzumut- barkeit für den Eigentümer.	472
d)	Praktische Erfahrungen mit der Erhaltungssatzung.	475
5.	Der Katalog der städtebaulichen Gebote.	481
a)	Übersicht.	481
b)	Das Verfahren vom Erlass bis zur Vollstreckung eines Gebots.	482
c)	Die Vollstreckung von Geboten.	486
6.	Sozialplanung und Härteausgleich; Aufhebung oder Verlängerung von Miet- und Pachtverhältnissen.	486
7.	Änderungen und Neuerungen nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11. Juni 2013.	487
XVI.	Bodenwertermittlung.	490
1.	Der Verkehrswert.	491
2.	Aufgaben der Gutachterausschüsse; Baulandkataster.	492
3.	Die Immobilienwertermittlungsverordnung.	495
4.	Abschöpfung von Bodenwertsteigerungen?	497
5.	Änderungen und Neuerungen nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11. Juni 2013 zur Bodenwertermittlung.	500
XVII.	Bauleitplanung und Verwaltungsakte nach dem Baugesetzbuch vor den Gerichten.	501
1.	Die dreigeteilte Zuständigkeit der Gerichtsbarkeit im Bau- und Planungsrecht.	502
2.	Die gerichtliche Kontrolle von Bebauungsplänen und sonstigen Satzungen nach dem BauGB.	504

a)	Die direkte (abstrakte) Normenkontrolle.	505
b)	Die Inzident-Kontrolle (indirekte Kontrolle)	506
3.	Das Problem der Kontrolldichte	507
4.	Der Grundsatz der Planerhaltung	512
a)	Die Systematik der Vorschriften über die Planerhaltung.	512
b)	Die Beachtlichkeit von Mängeln der Abwägung	513
c)	Welche Folgen hat es, wenn ein beachtlicher und erheblicher Fehler rechtzeitig gerügt wird?.	516
d)	Die Bewertung von abwägungserheblichen Belangen.	516
e)	Weitere Einschränkungen der gerichtlichen Kontrolle in den Gemeindeordnungen	518
f)	Das ergänzende Verfahren zur Fehlerbehebung (Heilungsverfahren)	518
g)	Das Ende des Nichtigkeitsdogmas	520
h)	Der maßgebliche Zeitpunkt für die Kontrolle der Rechtmäßigkeit	521
i)	Der Wegfall der Sieben-Jahres-Frist	521
j)	Ergebnis der Planerhaltungsvorschriften.	522
5.	Änderungen und Neuerungen im Bereich der gerichtlichen Kontrolle nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden im Jahr 2013 . .	522
	Stichwortverzeichnis	525